
Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag zum Bebauungsplan „Hohe Egarten - 2. Änderung“ in Zaberfeld



0.	INHALTSVERZEICHNIS	
1.	EINLEITUNG	3
1.1	Standort des Vorhabens und derzeitige Nutzung	3
1.2	Geplante Nutzung	7
2.	ARTENSCHUTZRECHT	9
3.	POTENTIELL ARTENSCHUTZRECHTLICH RELEVANTE HABITAT- STRUKTUREN	10
4.	EINGRIFFE IN HABITATE MIT POTENTIELL ARTENSCHUTZRECHT- LICHER RELEVANZ	11
5.	POTENTIELLE BETROFFENHEIT ARTENSCHUTZRECHTLICH RELEVAN- TER ARTENGRUPPEN IN DEN EINZELNEN HABITATSTRUKTUREN	11
5.1	Flora	11
5.2	Vögel	11
5.3	Fledermäuse	11
5.4	Reptilien	11
5.5	Amphibien	12
5.6	Tagfalter, Heuschrecken, Wildbienen	12
5.7	Libellen	12
5.8	Holzkäfer	12
5.9	Säugetiere	12
6.	PRÜFUNG DES ARTENSCHUTZES (§ 44 BNATSCHG), VERMEIDUNGS-, MINDERUNGS- UND KOMPENSATIONSMAßNAHMEN	13
7.	FAZIT	14

1. Einleitung

Die Gemeinde Zaberfeld beabsichtigt mit dem Bebauungsplan „Hohe Egarten - 2. Änderung“ die rechtlichen Voraussetzungen zur Bereitstellung von Aufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge zu schaffen.

Um die Genehmigungsfähigkeit für ein entsprechendes Wohnheim herzustellen ist die Änderung des Bebauungsplans erforderlich, da in Industriegebieten Flüchtlingswohnheime auch ausnahmsweise nicht zugelassen werden können.

Hierzu ist auch die Abarbeitung der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände nach § 44(1) 1- 4 notwendig.

In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit - der Auftrag wurde erst kurzfristig und wegen der hohen Dringlichkeit der Flüchtlingsunterkünfte spät (Ende Oktober 2015) erteilt - kann die artenschutzrechtliche Beurteilung nur auf der Basis einer Potenzialanalyse erfolgen.

1.1 Standort des Vorhabens und derzeitige Nutzung

Das Plangebiet liegt nördlich der Eugen-Zipperlen-Straße, am nördlichen Rand von Zaberfeld. Es umfasst die beiden Flurstücke Nr. 800/3 und 850/1.

Auf dem Grundstück 850/1 (westliche Hälfte des Plangebiets) befindet sich ein ehemaliger Firmenparkplatz, der nicht mehr genutzt und in Zukunft auch nicht mehr benötigt wird. Auf der Fläche stehen 5 Einzelbäume (Ahorn) unterschiedlicher Größe und Vitalität in Pflanzbeeten. Diese sind mit Bodendeckern und niederen meist nicht standortgerechten Sträuchern bepflanzt. Mangelnde Pflege hat das Aufkommen von Liguster, Rosen und Hartriegel in diesen Pflanzflächen begünstigt. Durch die fehlende regelmäßige Nutzung und Befahrung der Fläche mit Fahrzeugen beginnt sich in Randbereichen auch auf der hartgefahrenen Schotterfläche stellenweise eine derzeit noch meist grasbetonte Ruderalvegetation auszubilden.

Auf dem Grundstück 800/3 (östliche Hälfte) befindet sich der Bauhof der Gemeinde Zaberfeld. Zum ehemaligen Parkplatz hin ist das Bauhofgelände durch eine Baumhecke (u.a. Ahorn, Hasel, Liguster, Rosen, aber auch Ziergehölze) abgetrennt.

Ähnliche Gehölzstrukturen finden sich auch im Norden von Flurstück 800/3, dem Bauhofgelände.

Das Gehölz hat hier in seiner Gesamtheit Feldgehölzcharakter und wird u.a. aus Eschen, Weiden, verwilderten Obstbäumen, Rosen, Liguster, Hartriegel gebildet. Hier verläuft auch ein tiefer und breiter Graben von Ost nach West der dem Abfluß von Oberflächenwasser aus den nördlich anschließenden Weinbergen dient. Auf Flurstück 800/3 befindet sich eine Teilfläche dieses Gehölzes.

Permanente Wasserführung ist im Graben nicht gegeben.

Im Süden und Osten des Plangebiets befindet sich das Industriegebiet „Hohe Egarten“ mit den entsprechenden Bauten und Anlagen.

Im Westen schließt sich nach einer weiteren schmäleren Parkplatzfläche eine Photovoltaikanlage an.

Abb. 1:

Lage im Raum (Geltungsbereich rot; Daten- und Kartendienst der LUBW, ohne Maßstab)



Naturschutzrechtliche Schutzausweisungen sind im Plangebiet und der näheren Umgebung nicht vorhanden.

Abb. 2:
Schotterfläche, Pflanzbeet und Feldgehölz im Norden



Abb. 3:
Ahorn, Hecke zum Bauhof hin



Abb. 4:
Pflanzbeet mit Ahorn und Sukzession



Abb. 5:
Sukzession und Kleinstrukturen



1.2 Geplante Nutzung

Die Planung sieht die Umwidmung der bisherigen eingeschränkten Industrieflächen in Gewerbebauflächen vor.

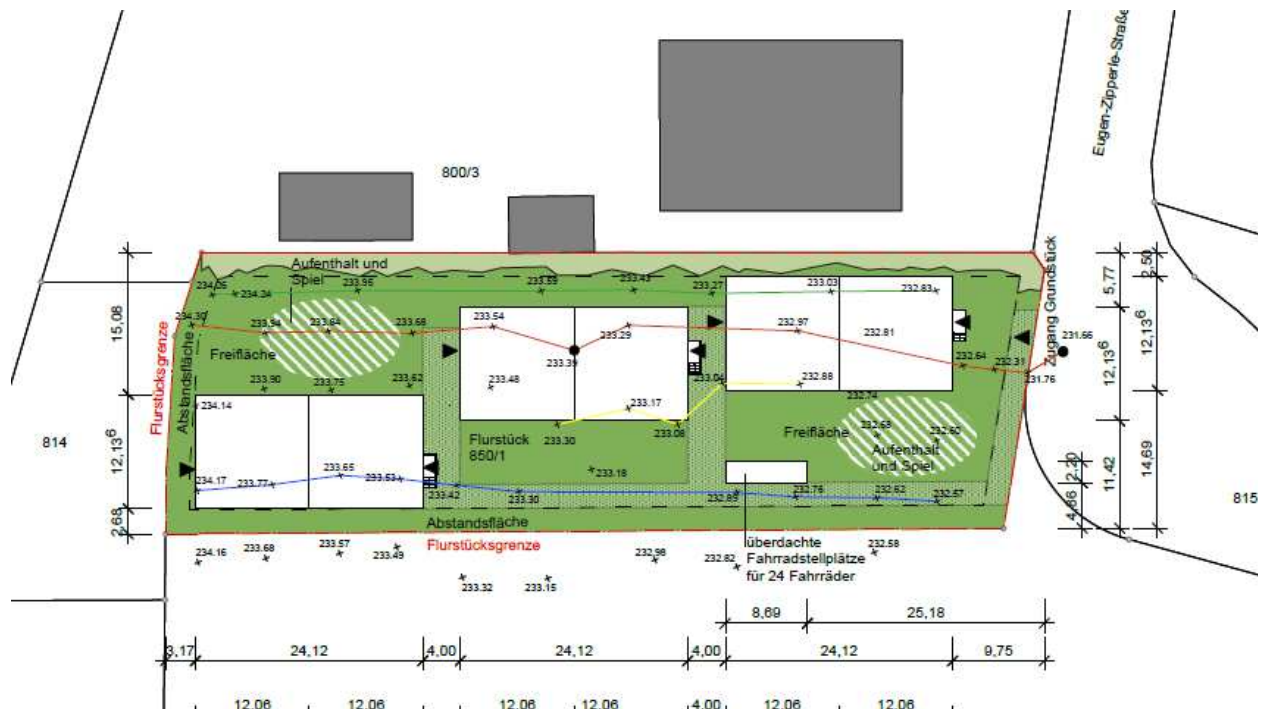
Abb. 6:
Bebauungsplanentwurf (IB für Vermessung & Planung KÄSER; 2015)



Für den östlichen Teil des Plangebiets (Flurstück 800/3) mit Bauhof und Wertstoffhof sind keine Veränderungen geplant. Die Umwidmung eingeschränktes Industriegebiet in Gewerbegebiet hat hier keine artenschutzrechtlich relevanten Auswirkungen.

Auf dem westlichen Teil (Flurstück 850/1) - dem aufgelassenen Parkplatz - ist der Bau der Flüchtlingsunterkünfte geplant.

Abb. 7:
Planung Flüchtlingsunterkünfte (C+C ARCHITEKTEN/LRA HN; 2015)



2. Artenschutzrecht

Nach § 44 Abs.1 Ziff.1 BNatSchG („Tötungsverbot“) ist es verboten, wildlebende Tiere der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beeinträchtigen oder zu zerstören.

Nach § 44 Abs.1 Ziff.3 BNatSchG („Verbot der Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten“) ist die Zerstörung mehrjährig nutzbarer Nist- und Ruhestätten von Tieren ganzjährig untersagt, es sei denn, die ökologische Funktion der betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang wird nicht beeinträchtigt bzw. kann durch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) weiterhin gewährleistet werden.

§ 44 Abs.1 Ziff. 2 BNatSchG („Verbot erheblicher Störungen“) verbietet Eingriffe, wenn erhebliche Beeinträchtigungen auf die Populationen der betroffenen Tierarten in ihren lokalen Beständen und ihrem Erhaltungszustand zu befürchten sind bzw. diese müssen durch vorgezogene Kompensationsmaßnahmen ausgeglichen werden.

Nach § 44 Abs. 5 BNatSchG gelten für nach § 19 zulässige Eingriffe in Natur und Landschaft sowie nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zulässige Vorhaben im Sinne des § 21 Abs. 2 Satz 1 folgende Bestimmungen:

- Sind in Anhang IVa der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführte Tierarten oder europäische Vogelarten betroffen, liegt ein Verstoß gegen das Verbot des Absatzes 1 Nr. 3 (Störungsverbot) und gegen das Verbot des Absatzes 1 Nr. 1 (Schädigungsverbot) nicht vor, soweit die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird.
- Die ökologische Funktion kann vorab durch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (so genannte CEF-Maßnahmen) gesichert werden. Entsprechendes gilt für Standorte wild lebender Pflanzen der in Anhang IVb der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführten Arten.

Sind andere besonders geschützte Arten betroffen, liegt bei Handlungen zur Durchführung eines Eingriffs oder Vorhabens ein Verstoß gegen die Zugriffs-, Besitz- und Vermarktungsverbote nicht vor.

Die artenschutzrechtlichen Verbote bei nach § 19 zulässigen Eingriffen in Natur und Landschaft sowie nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zulässigen Vorhaben im Sinne des § 21 Abs. 2 Satz 1 gelten somit nur für die in Anhang IV der FFH-RL aufgeführten Tier- und Pflanzenarten sowie europäischen Vogelarten.

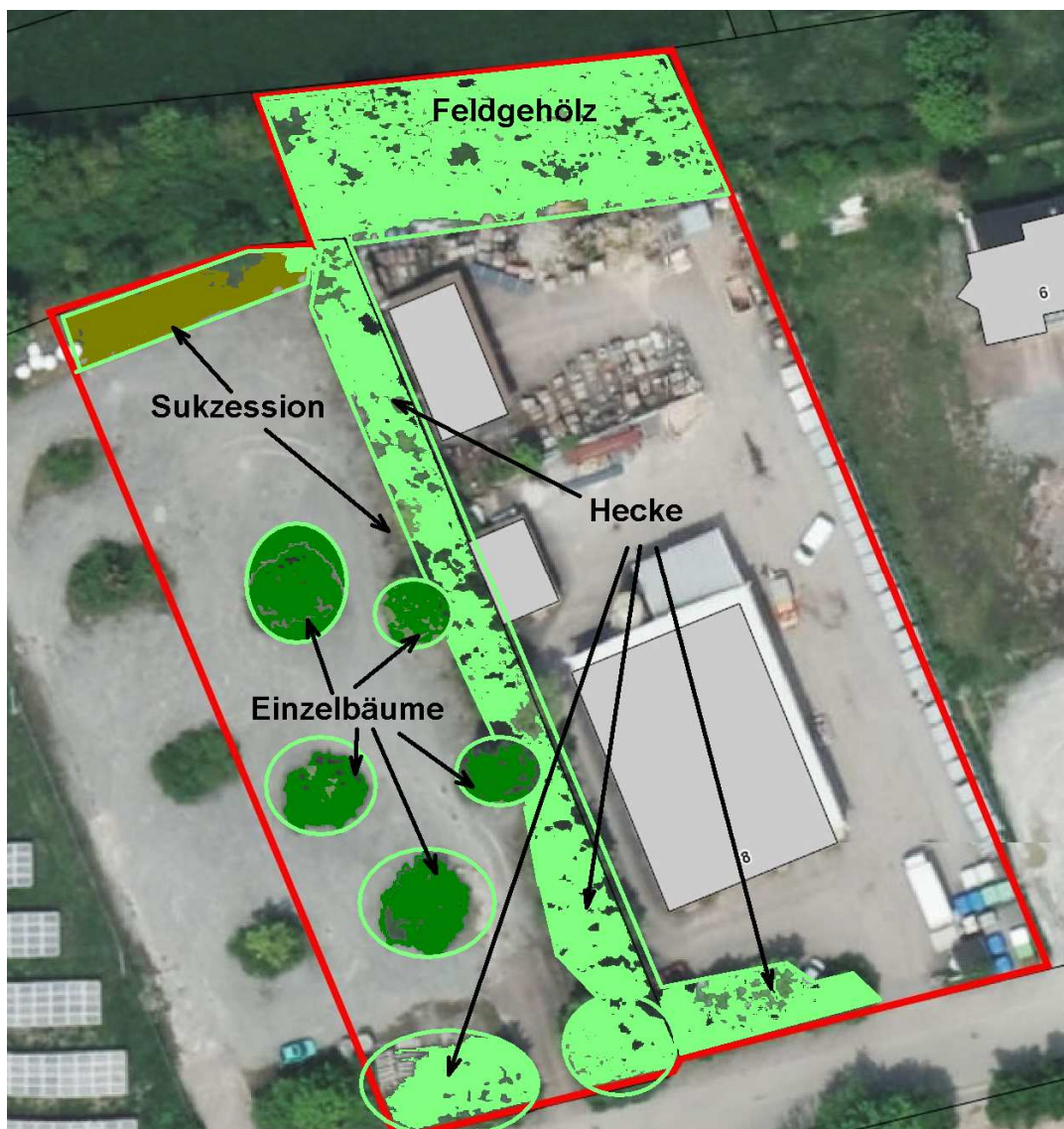
3. Potentiell artenschutzrechtlich relevante Habitatstrukturen

Am 11. und 15.11.10.2015 erfolgte jeweils eine Begehung des Plangebiets.

Es lassen sich die in Abbildung 8 dargestellten potentiell artenschutzrechtlich relevanten Habitatstrukturen abgrenzen:

- Feldgehölz im Norden von Flurstück 800/3
- Hecke zwischen den Flurstücken 800/3 und 850/1
- Einzelbäume auf dem Flurstück 850/1
- Übergangs-/Saum- und Ruderalstrukturen an den Übergängen der Vegetationsstrukturen zum Parkplatz und im Norden von 850/1

Abb. 8:
artenschutzrechtlich relevante Strukturen im Plangebiet



4. Eingriffe in Habitate mit potentiell artenschutzrechtlicher Relevanz

Da mit dem Bebauungsplan - neben der Umwidmung eines Teils des Industriegebiets in ein Gewerbegebiet - in erster Linie die Voraussetzungen für den Bau von Flüchtlingsunterkünften geschaffen werden sollen, ist dieses Vorhaben primär zu behandeln.

Für das Bauhofgelände sind mit der Umwidmung keine artenschutzrelevanten Veränderungen zu erwarten im Gegensatz zum ehemaligen Parkplatzgelände.

Mit dem Bau der Unterkünfte sind in erster Linie Rodungsarbeiten verbunden. Diese betreffen die Einzelbäume, wobei noch nicht feststeht ob alle, also auch die am östlichen Rand der Hecke zum Bauhof vorgelegerten entfernt werden müssen oder lediglich die 3 direkt auf der Parkplatzfläche.

Bei einer Rodung der Einzelbäume sind auch die Pflanzbeete mit ihrem Strauchaufwuchs betroffen, desgleichen die Übergangs- und Ruderalbereiche zwischen Pflanzbeeten und Parkplatzfläche.

Die Hecke zum Bauhof hin sollte durch das Vorhaben nicht beeinträchtigt werden.

5. Potentielle Betroffenheit artenschutzrechtlich relevanter Artengruppen in den einzelnen Habitatstrukturen

5.1 Flora

Ein Vorkommen geschützter und/oder gefährdeter Pflanzenarten konnte im Untersuchungsgebiet nicht nachgewiesen werden und ist aufgrund der ehemaligen und aktuellen Nutzung auch nicht zu erwarten..

5.2 Vögel

Die Gehölze bieten potentielle Nistmöglichkeiten für Vögel. Höhlenbrüter sind dabei angesichts der eher schwachen Stämme nicht zu erwarten. Es wurden bei der Ortsbesichtigung auch keine relevanten Baumhöhlen und auch keine mehrjährig nutzbaren Nester entdeckt.

5.3 Fledermäuse

Das Plangebiet bietet für Fledermäuse keine Quartier- und/oder Versteckmöglichkeiten.

Eine Nutzung als - nicht essentielles - Jagdhabitat für Fledermäuse die ihre Quartiere eventuell in alten Gebäuden des Ortskerns oder in den benachbarten Aussiedlerhöfen in den Scheunen haben, kann nicht ausgeschlossen werden.

5.4 Reptilien

Ein Vorkommen von Reptilien wie der Zauneidechse kann auf Flurstück 850/1 nicht gänzlich ausgeschlossen werden.

Der größte Flächenanteil ist als festgefahrene Schotterfläche ohne jegliche Deckung für Reptilien ungeeignet.

Für die Randbereiche zum einen an den Pflanzbeeten und an der Hecke zum Bauhof hin sowie im Norden auf der Ruderalfläche zum Graben hin kann eine potentielle Eignung zumindest zum zeitweiligen

Aufenthalt von Zauneidechsen nicht ausgeschlossen werden, die bspw. von den Weinbergen im Norden einwandern können.

Eine Eiablage wird jedoch als eher unwahrscheinlich angesehen, da kaum grabbarer Boden oder sand vorhanden ist.

5.5 Amphibien

Im Plangebiet ist kein stehendes oder langsam fließendes Gewässer vorhanden, das als Laichgewässer fungieren könnte.

Die Eignung des benachbarten Feuerlöschteiches als Laichgewässer dürfte angesichts des steilen und mit Folie gestalteten Ufers von untergeordneter Bedeutung sein.

Der Feuerlöschteich wird jedoch auch nicht überplant.

5.6 Tagfalter, Heuschrecken, Wildbienen

Aufgrund der fehlenden spezifischen Habitatausstattung (Grünland, Wirts- und Futterpflanzen) sind keine Vorkommen von artenschutzrelevanten Vertretern dieser Artengruppen zu erwarten.

5.7 Libellen

Im Untersuchungsgebiet selbst sind keine Stillgewässer oder langsam strömende Fließgewässer vorhanden, welche gegebenenfalls als Larvalhabitat für Libellenarten dienen könnten. Der Feuerlöschteich als potentiell geeignetes Gewässer wird nicht überplant.

5.8 Holzkäfer

Mangels geeigneter Baumhöhlen oder -stümpfe ist ein Vorkommen auszuschließen.

5.9 Säugetiere

Aufgrund der fehlenden spezifischen Habitatausstattung sind keine Vorkommen von artenschutzrelevanten Vertretern dieser Artengruppen zu erwarten.

6. Prüfung des Artenschutzes (§ 44 BNatSchG), Vermeidungs-, Minderungs- und Kompensationsmaßnahmen

Nach **§ 44 Abs. 1 Ziff. 1 BNatSchG („Tötungsverbot“)** ist es verboten, wildlebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beeinträchtigen oder zu zerstören.

Da potentiell nutzbare Nist- und Ruhestätten für frei- und gebüschbrütende Brutvögel in Form der Hecke zum Bauhof hin und an den Einzelbäumen vorhanden sind, ist bei einem eventuellen Eingriff in diesen Bestand durch die Zerstörung potentieller Brutplätze ein Eintreten des Verbotstatbestands zu erwarten.

Diese Gehölze sollten so weit wie möglich erhalten werden, möglichst mit Festschreibung im Bebauungsplan durch entsprechende Pflanzbindung/Pflanzgebot.

Mit der o.a. Minimierung der Rodung tritt hier der Verbotstatbestand trotz der Zerstörung von potentiellen Brutplätzen nicht ein, wenn Eingriffe zu einem naturverträglichen Zeitpunkt (1. Oktober - 28./29. Februar) erfolgen.

Nach **§ 44 Abs. 1 Ziff. 3 BNatSchG („Verbot der Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten“)** ist die Zerstörung mehrjährig nutzbarer Nist- und Ruhestätten von Tieren ganzjährig untersagt, es sei denn, die ökologische Funktion der betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang wird nicht beeinträchtigt bzw. kann durch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) weiterhin gewährleistet werden.

Mangels mehrjährig nutzbarer Nist- und Ruhestätten von artenschutzrechtlich relevanten Tierarten ist kein Eintreten des Verbotstatbestands zu erwarten.

Durch Eingriffe in Gehölze könnten jedoch in geringem Umfang potentielle Brutplätze frei- und gebüschbrütender Vogelarten zerstört werden.

Hierbei können maximal freibrütende betroffen sein, die in jeder Brutsaison ihr Nest neu bauen und für die angenommen werden kann, dass die ökologische Funktion der betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang durch das Vorhaben nicht beeinträchtigt wird.

Daher tritt auch hier der Verbotstatbestand trotz der Zerstörung von potentiellen Brutplätzen nicht ein, wenn die baubedingten Eingriffe zu einem naturverträglichen Zeitpunkt (1. Oktober - 28./29. Februar) erfolgen.

Bei einer Baufeldfreimachung in diesem Zeitraum ist auch nicht mit erheblichen Beeinträchtigungen potentiell vorkommender Zauneidechsen zu rechnen, da wie o.a. eine Eiablage und Überwinterung auf der Parkplatzfläche bzw. den kleinflächigen Pflanzbeeten nicht zu erwarten ist.

Durch eine entsprechende Platzierung der Unterkünfte kann ein ausreichender Abstand zur Hecke zwischen Bauhof und Parkplatz eingehalten werden. Das aus dem Pflanzgebot des alten Bebauungsplan entstandene Gehölz im Norden des Bauhofes sollte erhalten bleiben.

§ 44 Abs. 1, Ziff. 2 BNatSchG („Verbot erheblicher Störungen“) verbietet Eingriffe, wenn erhebliche Beeinträchtigungen auf die Populationen der betroffenen Tierarten in ihren lokalen Beständen und ihrem Erhaltungszustand zu befürchten sind bzw. diese müssen durch vorgezogene Kompensationsmaßnahmen ausgeglichen werden.

Während der Bauphase können durch Baubetrieb (Menschen und Maschinen) sowie durch Baustelleneinrichtung und -verkehr, vor allem durch Lärm und Erschütterungen, temporäre Beeinträchtigungen auch auf benachbarten Flächen verursacht werden. Anlage und Betrieb der Baustelleneinrichtungen sind deshalb auf ein möglichst kleines Areal zu begrenzen, ohne weitere Inanspruchnahme von Bereichen außerhalb der Bauflächen.

7. Fazit

Bei einer Überbauung des Geländes sind nach derzeitigem Kenntnisstand keine artenschutzrechtlichen Konflikte zu erwarten. Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 BNatSchG werden nicht ausgelöst.

Die Rodung von Gehölzen sollte auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt werden. Das Gehölz im Norden des Bauhofes sollte erhalten bleiben.

Durch eine entsprechende Anordnung der Unterkünfte kann die Hecke zum Bauhof hin ohne Beeinträchtigungen erhalten bleiben, so dass sich die Rodung auf die Einzelbäume beschränken kann.

Eine Rodung von Gehölzen darf nur im Zeitraum vom 1. Oktober bis 28./29. Februar erfolgen.

Vertiefende artenschutzrechtliche Untersuchungen sind nicht erforderlich.

Vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF - Maßnahmen) sind nicht erforderlich.